

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamzeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Anzeigen bis früh 9 Uhr. Eingelassener 25 Pfg. — Postfachnummer Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3232.

Nr. 300

Donnerstag, den 23. Dezember 1920

11. Jahrgang

Der Dauerkrieg im Osten.

Russische Angriffsabsichten.

Der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatts“ meldet aus Warschau:

Der unbefriedigende Verlauf des Notenwechsels in Riga über die Frage der Zeltgewalt-Armee in Mittellitauen, der soeben durch eine ziemlich scharfe polnische Note wegen der russischen Verletzung der Demarkationslinie kompliziert wurde, ruft hier eine erhebliche Verringerung der Hoffnungen auf baldige Beilegung des Ostkrieges hervor, zum Teil auch Beunruhigung, wozu die ziemlich energische Sprache des litauischen Vertreters Waldemaris in Genf und die Pressehefte des Kommandos Sowjetvertreter Aljodow beitragen. Seit vorgestern kommen dauernd alarmierende Meldungen aus Riga über bolschewistische Absichten, die sich auf den Abbau der Verhandlungen und den Beginn einer neuer Offensive beziehen. Diese Gerüchte sind natürlich mit Vorsicht aufzunehmen, zumal die hiesige Rechtspresse ganz besonders breite Alarmnachrichten bringt, die sowohl zur schnellsten Unterzeichnung einer Militärkonvention mit Frankreich zu drängen geeignet sind, wie zur Vorsicht gegenüber der vom Völkerverbund gewünschten Räumung Mittellitauens durch Zeligowski. Immerhin ist die Möglichkeit ernstlicher bolschewistischer Drohungen angesichts der zugespitzten Situation in Riga nicht von der Hand zu weisen. Ein eigenes Telegramm der Warschauer „Rzeczpospolita“, des Organs der nationalen Volksvereinigung, ruft tiefgehende Erregung hervor. Danach herrscht in Rigaer Handelskreisen bereits eine Art von Panik. Schnellster Ausverkauf großer Firmen findet statt, da der bolschewistische Vorstoß bereits im Februar erwartet werde. Angeblich werde die dritte russische Armee von Ostasien über Riga in der Richtung Pleskau konzentriert, die lebende und fünfzehnte von Simonsk aus über Witebsk in der Richtung Polozow.

Kopenhagen, 22. Dez. „Politiken“ meldet aus Riga: Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen sind auf ernste Schwierigkeiten in der Frage der Verteilung des russischen Goldfonds und der Entschädigung für die seit 1914 in Polen beschlagnahmten Waren und Werte gestoßen. „Isweff ja“ schreibt: Polen verlangt 300 Millionen Rubel vom Goldfonds und über eine Milliarde Goldrubel für die requirierten Werte, was unter den jetzigen Verhältnissen der Sowjetrepublik vollkommen unerfüllbar ist. Die Erfüllung derartiger Forderungen würde den Untergang Sowjetrußlands bedeuten.

Das bisherige Ergebnis von Brüssel.

Brüssel, 22. Dez. (M. T. B. Amtliche Mitteilung.) In der heutigen Sitzung der Sachverständigenkonferenz teilte de Lacroix mit, daß es zur Feststellung der den alliierten Regierungen zu unterbreitenden Anträge erforderlich sei, die Arbeiten der Konferenz für zwei Wochen zu verlagern. Die Zeit soll dazu benutzt werden, die gegenwärtig im Gang befindlichen Untersuchungen zu Ende zu führen. Dabei soll nach der bisherigen Methode verfahren werden, indem jeder Berichterstatter mit den für die zu prüfenden Fragen zuständigen deutschen Sachverständigen in Führung bleibt. Staatssekretär Bergmann erklärte, die deutsche Delegation wisse die nicht vorbehaltlose Aufnahme zu würdigen, die ihren Bemerkungen seitens der alliierten Delegierten zuteil geworden sei, und erklärte sich mit dem für die Wiederaufnahme der Arbeiten vorgeschlagenen Zeitpunkt einverstanden. Die deutschen Sachverständigen würden die Arbeit der Berichterstatter nach Möglichkeit fördern. De Lacroix forderte die beiderseitigen Delegierten auf, miteinander in Führung zu bleiben, um die Prüfung der behandelten Fragen zu erleichtern und seine Hilfe in Anspruch zu nehmen, sobald eine Zusammenarbeit sich als notwendig herausstellt.

Brüssel, 22. Dez. Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz wurde heute nach gut einstündiger Sitzung auf Montag, den 10. Januar 1921, vorzeitig um 10 Uhr, vertagt. Die heutige Sitzung wurde durch einen Bericht von de Lacroix über den Stand der bisherigen Arbeiten der Konferenz ausgefüllt, die, wie de Lacroix besonders betonte, trotz der kommenden Feiertage auch in der Zwischenzeit durch die Prüfung und Erörterung von Einzelfragen beauftragten alliierten und deutschen Delegierten kräftig gefördert werden sollen. Es handelt sich dabei insbesondere um eine weitere Erörterung des deutschen Budgets, wobei auch die Frage der Schulden und Steuerlasten vergleichend behandelt werden soll, ferner die Geldleistungen, die Westfalen, Ostfalen, den deutschen Schiffsraum, den Artikel 18, die Besetzung der Kanäle und die Sequestration. Das zweite Mitglied der französischen Delegation, Chiffen, hat die Prüfung und Erörterung etwaiger weiterer Fragen übernommen. Die Spezialfrage des Clearing wird von dem zweiten englischen De-

legierten Sir John Brahmur weiter behandelt. Die Arbeiten der Konferenz werden also unbeschadet der Pause in vollem Gange bleiben. Die deutsche Delegation verläßt Brüssel heute.

Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten.

Paris, 22. Dez. Wie der „Matin“ mitteilt, werden sich die Ministerpräsidenten von Frankreich, England und Italien jedenfalls am 10. Januar in Cannes begegnen und über die Orientfrage, die Berichte der alliierten Vertreter auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel und die dortigen Verhandlungen beraten.

Paris, 22. Dez. Die Havasagentur teilt mit: Man kündige formell an, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten von Frankreich, England und Italien gegen den 28. Februar beginnen werde. Sie finde jedenfalls in Nizza oder Cannes statt.

Paris, 22. Dez. Die Botschafterkonferenz hielt heute vormittag eine Sitzung ab. Sie hörte den Bericht der interalliierten wirtschaftlichen Kommission über die Bestimmung des Artikels 307 des Versailler Friedensvertrages und entschied, daß alle in diesem Paragraphen festgesetzten Formalitäten und Fristen sich auch auf die Patentangelegenheiten erstrecken sollen.

Die Bolschewiki in Nöten.

Stockholm, 2. Dez. „Nya Dagligt Allehanda“ meldet aus Reval: Die Erregung in Posen nimmt mit jedem Tage zu und hat ihren Höhepunkt erreicht, nachdem der Beschluß der Sowjetregierung betreffend die Bewilligung von großen Konzessionen an ausländische Kapitalisten in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Die Erregung ist so stark, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen hat, nach Petersburg überzusiedeln. Als Grund dieser Ueberfiedlung gibt der Rat an, daß die erregte Stimmung die ruhige Arbeit der Regierung stört. In dem Telegramm heißt es ferner, daß die Volkskommissare sich nicht auf ihre Schutzabteilungen verlassen können, weshalb sie noch vor der beschlossenen Ueberfiedlung chinesische und lettische Truppen zusammengezogen haben, unter deren Schutz die Ueberfiedlung stattfinden solle.

Die Lohnforderungen der deutschen Eisenbahner.

Berlin, 22. Dez. Der Deutsche Eisenbahnerverband, die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten und der Allgemeine Eisenbahnerverband veröffentlichten im „Vorwärts“ einen Aufruf, in dem sie erklären, daß sie alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen wollen, um den Eisenbahnern die Existenz zu gewährleisten. Sollten die Bemühungen der Organisationen jedoch ohne den gewünschten Erfolg bleiben, so sehen sich die Organisationsleitungen gezwungen, zum Streik zu greifen. In diesem Falle seien die vier Organisationen entschlossen, den Kampf gemeinsam durchzuführen.

Berlin, 23. Dez. Wie in einer Zuschrift des Deutschen Eisenbahnerverbandes an die Blätter mitgeteilt wird, haben die vier großen Eisenbahnerverbände der Beamten und Arbeiter der Reichsregierung, dem Reichstage, dem Reichsfinanz- und dem Reichsverkehrsministerium ihre Forderungen übermittelt. Sie verlangen für die Eisenbahner eine Erhöhung des Teuerungszuschlages um eine Mark pro Stunde und für die Beamten eine Erhöhung der Teuerungszuschläge bis zu 90 Prozent. Weiter fordern sie, daß das Besoldungsgesetz in allen Teilen mit Beschleunigung in Kraft gesetzt wird, und daß wegen der vom Reichstag geforderten Revision des Besoldungsgesetzes sofort mit den Spitzenorganisationen in Verhandlungen eingetreten wird.

In einer Besprechung der Forderungen der Eisenbahner stellt die „Deutsche Allg. Ztg.“ die Tatsache fest, daß die großen Verbände vorerst doch den Verhandlungsweg beschritten haben, daß also nicht der Streik zum Streik alle ruhigeren Ermäßigungen überhört. Das heißt, daß es zu einer Verständigung kommen werde.

Annunzio rebellier.

Rom, 22. Dez. (Stefani.) Infolge der Weigerung Annunzios und der Sandung der Flamer Regionäre in Dalmatien hat General Cavaglia die effektive Blockade in schärfster Form über Fiume, Beglia, Arbe und San Marco erklärt. Personen, die diese Orte verlassen wollen, wurde eine Frist von 48 Stunden bewilligt. Cavaglia richtete Proklamationen an seine Schuppen, die Regionäre und die Einwohner von Fiume.

Die Basis von Brüssel.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Offizielle Berichte melden uns, daß in Brüssel eine solide Basis für die Erörterung der Wiedergutmachungsfrage geschaffen worden sei. Es geht überhaupt durch die offizielle Berichterstattung aus Brüssel — und eine andere gibt es nicht — ein Zug von Optimismus, der seine Rechtfertigung in der Erklärung sucht, daß man auch auf der anderen Seite optimistisch gestimmt sei. Es ist sicher anzuerkennen, daß die französischen Delegierten offensichtlich bestrebt sind, in der Pariser Presse eine vernünftige und verständlich unendlich weit von dem Wunsche entfernt, daß die deutschen Delegierten anders verfahren möchten. Trotzdem muß die Bemerkung erlaubt sein, daß das, was in Frankreich Optimismus hervorruft, noch nicht ohne weiteres bei uns die gleiche Stimmung auslösen muß, und daß man sich überhaupt von Gefühlen möglichst fern halten soll, wo es sich um Tatsachen und Zahlen handelt.

Die Konferenz von Brüssel ist bekanntlich noch nicht dazu bestimmt, die Höhe der gegnerischen Wiedergutmachungsforderung endgültig festzulegen. Sie soll vielmehr nur der Vorbereitung dienen, und diesen Zweck kann sie auf zweierlei Weise erfüllen: Erstens einmal, indem sie sich von den wirtschaftlichen Wirklichkeiten Rechenschaft gibt, und zweitens, indem sie auf dem Boden dieser Wirklichkeit die Möglichkeiten der Zahlungsmöglichkeiten zum erstenmal etwas genauer umreißt. Erst wenn das geschehen ist, wird man in einem späteren Stadium der Erörterungen die Höhe der deutschen Gesamtschuld festsetzen können.

Zunächst ist die Erkenntnis notwendig, daß Deutschland in absehbarer Zeit überhaupt nicht in Bar zahlen kann, weder in Gold noch in ausländischen Zahlungsmitteln. Gold haben wir nicht, und ausländische Zahlungsmittel können wir uns nicht einmal soviel beschaffen, um nur das Allernotwendigste einzuführen und zugleich unsere Vorkriegsschulden regulieren zu können. Die Bezahlung der Kriegsschuldung kann also nur in Waren erfolgen, und zwar nur in solchen Waren, in denen ein möglichst großes Quantum menschlicher Arbeitsleistung steckt, denn wir besitzen nichts, womit wir zahlen können, als unsere Arbeitskraft.

Hier entstehen aber wieder zwei Fragen. Wird das Ausland es ertragen, daß jährlich Milliarden Wert deutscher Waren auf den Weltmarkt geschleudert werden, die von Deutschland umsonst geliefert werden und die infolgedessen geeignet sind, alle Waren gleicher Art im Preise weit zu unterbieten? Schon jetzt klagt alle Welt über das deutsche „dumping“, die deutsche Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt, die durch den niedrigen Stand unserer Wälua verursacht wird. Dänemark, um nur ein Beispiel zu erwähnen, führt seine große Arbeitslosigkeit auf das deutsche Untertangebot zurück; so werden z. B. Druckaufzüge nach Dänemark (und auch nach Österreich) vergeblich, weil sich dort die Ausführung auf einen Bruchteil dessen stellt, was in Dänemark verlangt werden muß. Man stelle sich nun den Zustand vor, der eintreten muß, wenn ganze Ströme deutscher Waren vertragsmäßig und ohne Rücksicht auf den Stand der Nachfrage in das Ausland abfließen.

Dann entsteht die Gefahr, daß das Ausland im Rahmen der Wiedergutmachung seine eigene Wirtschaft hinfällig ruiniert.

Wie würde sich inzwischen — und das ist die große Frage — die Lage in Deutschland gestalten? Die Werte, die zur Wiedergutmachung ins Ausland gehen, müßten aus der deutschen Reichskasse bezahlt werden, und das könnte natürlich nur geschehen mit immer wertloser werdenden Bankzetteln. Die Aufblähung des Geldes würde eine katastrophale Zunahme erfahren: die deutsche Mark würde einfach in Bodenlose sinken. Zugleich wäre die ganze deutsche Wirtschaft mehr oder weniger im allergrößten Teil von der Wiedergutmachung gelähmt, es bliebe uns keine Waren, die wir in das Ausland senden können, um dafür Rohstoffe einzutauschen. Bekanntlich leben aber von den 60 Millionen Deutschen 20 Millionen vom Export. Was soll aus diesen 20 Millionen mittlerweile werden? Die Notwendigkeit, sie mit durchzuschleppen, würde die Lebenshaltung des Volkes, von den glänzenden Ausnahmen einer winzigen Minderheit abgesehen, auf einen Grad herabdrücken, bei dem die Prüfung des Lebens schlechterdings unmöglich wird.

Aus solchen Ermäßigungen ergibt sich als zwingende Notwendigkeit folgendes: Deutschlands Wiedergutmachung kann weder in Gold noch in ausländischem Geld, sondern nur in Waren erfolgen, und zwar kann nur ein bestimmtes Prozent der zum Export gelangenden Waren zu Zwecken der Wiedergutmachung verwendet werden; der andere Teil muß dazu dienen, die Lebensmöglichkeit und damit die Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes aufrechtzuerhalten.

Erst wenn darüber Einverständnis erzielt ist, wird es möglich sein, alle Einzelfragen zu lösen: Wie hoch der Gesamtbeitrag der deutschen Schuld anzusehen ist, und in welchen Jahresraten sie erwidigt werden kann. Erst dann wird man ernstlich davon sprechen können, daß in Brüssel eine solche Basis für die weitere Erörterung der Wiedergutmachungsfrage gefunden worden sei.

Die neue SPD. und die alte USPD.

Von S. Restriepfe.

Der linke Flügel der U. S. P. hat sich jetzt endgültig mit den Kommunisten vereinigt. Freude herrscht in Trojas Hallen; jubelnd begrüßen die Organe der vereinigten Partei den neuen Nachkörper, der so entstanden ist.

Die Zahlen, mit denen man jongliert, dürften allerdings etwas stark nach oben abgerundet sein. Hinter den Däumig, Stöcker und Koenen stehen bei weitem nicht so viele ehemalige Angehörige der U. S. P., wie sie es auf dem Vereinsparteitag wahr haben wollten.

Und täuscht nicht alles, so hat die Werbetaft der kommunistischen Phrasen bereits ihren Höhepunkt überschritten. Der Begeisterung für die Sowjetrepublik ist schon in breiten Kreisen der deutschen Arbeiterchaft eine merkbare Abkühlung gefolgt. Das Anwachsen der Partei durch den Anbruch der Neukommunisten an die alte S. P. D. wird vollends dazu beitragen, die Schwärmer für die bolschewistischen Heilslehren zu ernüchtern.

Im allgemeinen pflegt das Anwachsen einer Partei ihre Anziehungskraft noch zu erhöhen. In diesem Falle spricht aber vieles dagegen. Wenn jetzt die vereinigten Kommunisten immer wieder so sehr mit ihrer Macht prunken, so wird man auch Laten von ihnen erwarten. Ihnen bleiben zwei Wege: entweder sie beharren dabei, eine bloße Politik der Verheißung und maßloser Kritik, der Phrasendrescherei und des Maulaufstehens zu treiben, oder aber sie versuchen, irgendwie „praktische“ Arbeit zu leisten. — um sehr rasch zu erkennen, daß doch auch sie nur mit Wasser kochen können. In dem einen wie dem anderen Falle aber werden viele ihrer Anhänger bitter enttäuscht werden und sich von ihnen wenden.

Ein Teil der Abfallenden wird der S. P. D. zustimmen, mit der die Vereinigten Kommunisten, eben weil sie mit ihrem Anwachsen eine größere Verantwortlichkeit übernommen haben, in radikalen Redensarten bald nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. Schloß sich doch ein erheblicher Teil der Anhänger der deutschen Volkspartei nur deshalb an, weil sie — wenigstens bis zum — die wildesten Brandreden hielten.

Ein großer Teil der heutigen Kommunisten wird indessen enttäuscht, ernüchert, auch wieder den Weg nach rechts zurückfinden. Diese Leute werden einsehen, daß gelbes und rotes nicht gegen das Bestehende, das Elend der Zeit, die Langsamkeit der sozialen Umgestaltung, allein nicht die Führung übernehmen darf; daß es notwendig ist, auch verstandesmäßig die politischen Möglichkeiten abzumessen und schließlich manches Unbefriedigende zunächst noch mit in den Kauf zu nehmen, um wenigstens etwas zu erreichen.

Darf die „rechte“ U. S. P. von die n Abfallenden neue Kräftigung erwarten? Man rechnet hier mit ihrem Zustrom. Man glaubt um so eher damit rechnen zu dürfen, als die Zahl der mit Däumig und Koenen Abmarschierenden bereits erheblich hinter dem zurückbleibt, was man in dem Kreise Hilferding-Crispien zunächst befürchtet hatte. Aber man dürfte sich irren. Von denen, die bei den Vereinigten Kommunisten nicht ihre Befreiung finden, werden nur wenige sich wieder hinter die Ledebour und Dittmann stellen; und von denen, die ihnen zunächst treu bleiben, wird sich ein ständig verstärkender Abstrom einstellen, der sich der alten, mehrheitssozialistischen Partei zuwendet. In zahlreichen Orten hat diese Entwicklung bereits eingesetzt. Die Gestaltung der politischen Verhältnisse kann sie günstig oder ungünstig beeinflussen; kaum aber wird sie den Abmarsch zur alten S. P. D. völlig zu unterbinden vermögen.

Was jetzt als U. S. P. noch übrig geblieben ist, bildet ein bedauerndes Zwitwergschöpf, nicht Fisch und nicht Fleisch; in sich wieder in verschiedene Richtungen gespalten: denn sicherlich ist der Unterschied zwischen den Auffassungen eines Hilferding und denen eines Ledebour nicht geringer als etwa der zwischen den Ansichten Ledebours und denen Däumigs. Aber sieht man auch davon ab: Welche Prinzipien sind es, die diese Partei als Sonderorganisation nötig machen, die für sie in den Massen wirken und werden könnten? Man lehnt die bolschewistischen Methoden, das Bestreben zur gewalttätigen Durchführung einer sozialistischen Neuordnung durch entschlossene Anwendung der Widerstandsmittel ab; man mag aber auch nicht, sich rückhaltlos zu den Methoden der Demokratie zu bekennen und die friedliche Sozialisierung der Wirtschaft nach dem Mehrheitswillen des Volkes zu propagieren. Man spielt mit Worten und Begriffen und vermag kein klares, geschweige denn überzeugendes Bild der eigenen Ziele zu geben.

Dazu ist die Partei belastet mit dem Mythos, daß die Führer die Hauptschuld daran tragen, wenn in der Arbeiterbewegung die bolschewistischen Lehren eine so starke Verwirrung anrichten konnten, und wenn eine aufbauende sozialistische Arbeit nicht geleistet werden konnte, wenn heute eine rein bürgerliche Reichsregierung das Szepter führt und unter ihrer Führung und Förderung die Reaktion in der Verwaltung und Reichswehr immer neue Triumphe feiert, der Kapitalismus immer fetter und gesünder wird.

Niemand kann die Hilferding, Breitscheid usw. reinwaschen von der Verantwortung, daß sie immer wieder den Däumig und Genossen Anzweiflungen machten, daß sie in der Angst, den Anschluss zu verlieren, den Phrasendreschenden in der Partei fast ganz das Feld überließen, so ihnen noch Heilerdienste leisteten, statt nach besserer Ueberzeugung den Räte-schwärmer und Bürgerkriegspropaganda entgegenzutreten. Gewiß, man war ehrlich überzeugt von der Unrichtigkeit der

Politik, wie sie im mehrheitssozialistischen Lager betrieben wurde. Aber man empfand allzeit den Bolschewismus nicht weniger als Irrweg, als Gefahr für die sozialistische Entwicklung in Deutschland. Hier aber hießen „taktische“ Erwägungen die Kritik auf ein Mindestmaß einschränken und gerade dort schweigen, wo es darauf angekommen wäre zu sprechen. Man ließ es zu, daß die Kautsky, Stöcker und die wenigen anderen in der Partei, die es wagten, offen gegen die bolschewistischen Maulhelden Front zu machen, kaltgestellt und aus der Partei hinausgebrängt wurden; das Organ Hilferdings, die „Freiheit“, magte es nicht einmal, ihren Lesern das epochenmachende Werk Kautskys über „Kommunismus und Terrorismus“ anzugehen, obgleich Hilferding, der Freund und Schüler Kautskys, sich so klar wie nur einer über die Bedeutung dieses Buches war und sein mußte. Vielleicht muß man auch sagen: eben, weil er es war. Und noch, nachdem bereits der offene Kampf zwischen den beiden Richtungen in der Partei entbrannt war, konnte Breitscheid auf einer Konferenz seiner Partei in Düsseldorf lächelnd erklären: „Die Dittmannschen Veröffentlichungen in der „Freiheit“ hatte ich taktisch für einen Fehler.“

Diese „Taktik“ der Nachgiebigkeit an die kommunistischen Räteverherrlicher, des Verzichts auf eine energische Verteidigung der eigenen Meinung führte aber auch dazu, daß die politische Arbeit wieder und wieder gehemmt und gestört wurde durch die Schrauben und Stimmstimmeln der kommunistischen Straßensoldaten. Ihretwegen wagte man nicht eine entschlossene Fortsetzung der Koalitionspolitik, die mit dem Eintritt Haases, Dittmanns und Emil Barths in den Rat der Volksbeauftragten begonnen worden war. Ihretwegen mußte die sozialistische Sache ungeheuren Schaden erleiden durch die Januarkämpfe 1919. Sie alle, die Hilferding, Dittmann, Breitscheid, Cohn und Zieh, waren außer sich über die Unvernunft, mit der damals die Ledebour usw. den Putsch gegen die Regierung unternahm. Man zog aber daraus nicht die Konsequenz, sich offen und ehrlich gegen die Putschisten zu erklären, man beschloß eine „Vermittlungsaktion“. Aber man verurteilte sie von vornherein zum Scheitern, indem man den Vorschlag eines einigigen, der den damaligen Verhandlungen beizuwohnen, den Vorschlag, in den Verhandlungen keinen Zweifel zu lassen an der Mißbilligung des Putsches, zurückwies. Um der Däumig, Müller und Stöcker willen blieb man dabei, wieder und wieder jede Verständigung mit der S. P. D. abzulehnen, die Bildung gemeinsamer Regierungen zu verweigern, auf jede positive Mitarbeit am Wiederaufbau der Republik zu verzichten. So stärkte man die reaktionären Strömungen, gab den bürgerlichen Parteien immer neues Uebergewicht über die allein gelassene sozialistische Mehrheitspartei, half man mit, neben dem Bolschewismus links auch den Bolschewismus rechts zu züchten. Das alles muß und wird sich jetzt an der U. S. P. rächen. In zunehmendem Maße werden die Massen erkennen, daß sie von dieser Partei nichts zu erwarten haben!

Um der Einheit der Arbeiterbewegung willen, die heute so nötig ist wie nie zuvor, wäre zu hoffen, daß es über kurz oder lang überhaupt zu einer Verschmelzung von S. P. D. und U. S. P. in ihrer jetzigen Gestalt kommt. Es hat für die Mehrheitssozialdemokratie freilich nicht viel Bedenkendes, alle jene Elemente zu sich herüberzuziehen, die das Prinzip der Demokratie so leichtfertig preisgegeben bereit waren für das Joch einer Diktatur des Proletariats, die nicht nur die Last der Herrschaft des Proletariats, sondern darüber hinaus eine ganz bestimmte Regierungsform, eine Räteherrschaft mit Bergewaltigung bestimmter Bevölkerungsklassen ausdrücken soll. Gerade, nachdem sich auf der andern Seite die Vertreter dieses Diktaturprinzips jetzt konsolidiert haben, heißt es für uns, die wir noch wie vor das Wort Sozialdemokratie in Ehren halten, mit aller Schärfe den Grundsatz der Demokratie betonen! Wir wollen deshalb gewiß den Hilferding und Dittmann nicht nachlaufen. Aber wir sollten uns auch hüten, ihnen um der Vergangenheit willen nur Feindseligkeit entgegenzubringen. Ringen sie sich, nachdem die Scheidung von den Kommunisten vollzogen ist, wieder durch zu einer ehrlich sozialdemokratischen Auffassung, so dürfen Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen taktischer Art ein Zusammenwirken nicht verhindern.

Einstweilen gilt es indessen nur, den weiteren Entwicklungsgang in der U. S. P. abzuwarten und ihn allenfalls zu beschleunigen, indem wir mit verstärktem Nachdruck den Scharen, die sich noch zur U. S. P. bekennen, zeigen, daß es nur einen Weg gibt, dem Proletariat die Macht zu erobern: den Kampf auf dem Boden der Demokratie im Rahmen der alten sozialdemokratischen Partei. Je mehr die Anhänger der U. S. P. das erkennen und unserer Partei wieder zufließen, um so mehr wird auch bei den Führern ihrer Partei die Einsicht wachsen.

Der Wunsch nach Einheit der Arbeiterbewegung aber darf nicht hindern, gegen die neue kommunistische Partei den schärfsten Kampf zu führen. Wir brauchen die Einheit der Arbeiterchaft zum Kampf gegen die Reaktion. Das Streben der Komunisten aber führt die Reaktion und bedroht uns mit einer Diktatur, die vielleicht nicht weniger gefährlich ist als irgendeine von rechts.

Wir haben keinen Anlaß, die Vereinigung von linker U. S. P. und Kommunisten zu befehlen. Im Gegenteil, wir werden sie begrüßen müssen als erwünschte Klärung, die das politische Kampffeld übersichtlicher macht.

Diese Ueberblicklichkeit kommt gerade uns zugute. Nehmen wir den Streit also frohen Mutes auf! Den Kampf, der mit unserem Siege enden muß, wenn über das deutsche Proletariat nicht unangenehmere Elend hereinbrechen soll.

Die alte deutschnational-kommunistische Bundesbrüderschaft.

Hannover, 21. Dez. Oberbürgermeister Behring (Der seit dem 7. November 1918 im Amte befindliche erste sozialdemokratische Oberbürgermeister in Deutschland D. Red.) erklärte in der heutigen Sitzung der städtischen Kollegien seinen Rück-

tritt, weil ein Antrag der Demokraten, den er als Mißtrauensvotum bekämpfte, mit den Stimmen der Demokraten, der Rechten und eines Kommunisten angenommen wurde.

Sie kriegen den Hals nicht voll genug.

Braunschweig, 21. Dez. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung machte das Staatsministerium Mitteilung von den Forderungen, die das Herzoghaus an den braunschweigischen Staat gestellt hat. Wie die „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ melden, haben diese Forderungen einen Vermögenswert von zusammen 250 Millionen Mark. Das Herzoghaus macht Rechtsanspruch auf das gesamte braunschweigische Kammergut (Bergwerke, Forsten und Domänen) geltend. Gefordert werden u. a. 8634 Hektar Staatsforst, 3612 Hektar Domänen — das ist der fünfte Teil der gesamten Staatsdomänen — den Ertrag aus den Domänen seit 1. Juli 1919, das Schloß Blankenburg im Harz, das Gestüt von Harzburg, die Bibliotheken in Wolfenbüttel, das Landesmuseum in Braunschweig, sämtliches Mobiliar in den Schlössern und Hofstaatsgebäuden und, soweit dies verkauft wurde, den Geldwert in Goldmark. Das Herzoghaus erklärt, zu einem Vergleich bereit zu sein, in dessen einen Rechtsstreit mit aller Schärfe durchzuführen zu wollen, wenn die braunschweigische Regierung diese Forderungen ablehnt. Das (sozialistische D. Red.) Staatsministerium hat den Vertretern des Herzoghauses mitgeteilt, daß es nicht in der Lage sei, diese Forderungen zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. (Dabei verfügt das welfische Herzoghaus ohnehin schon über einen riesenhaften Privatbesitz. D. Red.)

Wie die Blätter aus Braunschweig melden, erklärten bei der gestrigen Aussprache über die Forderungen des früheren Herzoghauses der Ministerpräsident Dörner und der Justizminister Junke (beide Unabhängige), daß sie Verhandlungen über die vorliegenden Forderungen des Herzogs im Interesse des braunschweigischen Volkes niemals zulassen werden, und daß sie, wenn der Landtag sich dennoch für Verhandlungen aussprechen sollte, ihre Ministerämter niederlegen wollen.

Arbeiterchaft und Flugzeugbau.

Wie den R. P. N. mitgeteilt wird, hat sich der Betriebsrat der deutschen Flugzeugindustrie mit folgendem Telegramm an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam gewandt:

An die gesamte Arbeiterchaft in den Entente-Ländern!
Am 16. Dezember hat unsere Regierung eine Note an die eure gerichtet, in der sie deren rechtlich unbegründete Forderung nach Einstellung des deutschen Flugzeugbaus ablehnt. Helft uns, Kollegen! Schützt uns vor Preislosmachung! Wirkt auf eure Regierungen ein, daß sie die Vorschläge unserer Regierung annehmen. Eine Gefahr aus der Luft droht von deutscher Seite nicht mehr. Die Neufertigung von deutschen Kriegsflyern werden wir stets zu verhindern wissen.

Im Auftrage der gesamten Angestellten und Arbeiter der deutschen Flugzeugindustrie und des deutschen Luftverkehrs:
Betriebsrat
geg. Paul Berger.
Angestelltenrat
geg. Mag. Urzgendowsky.

Was ein bürgerlicher Reichstagsabgeordneter kostet.

Eine wertvolle Illustration zu den Sparamkeitstendenzen der bürgerlichen Parteien und ihrem Weggeschrei über die angebliche Futterkripenwirtschaft im neuen Deutschland bietet das nachstehende Rundschreiben, das jüngst in Bremen von der Deutschen Volkspartei verbreitet worden ist:

Bremen, im November 1920.
Schon vor Uebernahme des Mandats für den Reichstag hat unser Reichstagsabgeordneter zum Ausdruck gebracht, daß es ihm nicht möglich sein würde, die finanziellen Lasten, die mit der Führung des Mandats verbunden sind, allein zu tragen. Er hat mehr oder weniger auf die Einkünfte aus seinem hiesigen Bureau, die ihm sonst zur Verfügung gestanden hätten, verzichten müssen, um sich soviel wie möglich der Ausübung seines Mandats widmen zu können. Es sind auch bereits entsprechende Zuschüsse zugesagt und hoffen wir, daß auch Sie sich bereit erklären, zu diesen Zuschüssen beizutragen. Es kommt vor der Hand eine Summe von 80 000 Mark jährlich in Frage. Wir erlauben uns, Ihren Beitrag mit 2000 Mark in Vorschlag zu bringen und bitten Sie, diesen Betrag auf Konto „Reichstag“ der Nationalbank für Deutschland zu überweisen.

geg. F. H. Nollenius.
geg. L. Hirsch (unleserlich.)

Der betreffende Abgeordnete ist der Bremer Rechtsanwalt und Notar Dr. Alfred Gilmmeister. Während also sozialdemokratische Abgeordnete sich mit den 50 Mark Tagesgehältern begnügen müssen, braucht dieser bedauerndswerte Herr neben seinen Privateinkünften, die durch seine parlamentarische Tätigkeit kaum sehr wesentlich beeinträchtigt sein dürften, vor der Hand noch ein jährliches Nebenkommen von 80 000 Mark. Wie viele schwer arbeitende Familienväter gibt es, deren Haupteinkommen nicht den vierten Teil dieser Summe übersteigt! Man muß es den sozialdemokratischen Abgeordneten lassen, daß sie es verstehen, sich ihre ansehnliche und selbstverständliche allein von idealistischen politischen getragene Tätigkeit als „Vollwertarbeiter“ recht gründlich bezahlen zu lassen. Das ist diejenige deutsche Volkspartei, die den Ehrennamen einer „Partei des Wiederaufbaus“ für sich beansprucht, und die sich noch kürzlich mit Händen und Füßen gegen die beschleunigte Einziehung des Reichsmotoren zur Deckung des dringendsten Finanzbedarfs des Reiches gesträubt und schließlich nur mit Hängen und Würgen ihre Zustimmung zu diesem Zugriff auf ihre gesparten Kassen ertüß hat. Man sieht wieder einmal, daß die Eisenbahn bei den bestehenden Kreisen noch immer viel zu schmerzhaft angezogen wird.

Danziger Nachrichten.

Zu den Vorgängen im Volkstag

Die sich anlässlich der Wahl des Hafenausschusses abspielten, wird uns vom Abgeordneten und Senator Jewelowski eine längere Zuschrift übermittelt, aus der wir folgendes wiedergeben:

Die Vorgänge in der Sitzung des Volkstages am 20. d. Mts. dürften für viele Danziger unverständlich sein. Es sei mir deshalb gestattet, kurz darzutun, um was es sich gehandelt hat.

Die Regierungsparteien einigten sich dahin, in den Hafenausschuss lediglich Fachleute zu wählen, wobei der Wunsch entstand, auch einen Arbeiter in den Ausschuss zu entsenden. Je ein Mitglied der vier bürgerlichen Parteien übernahm es, mit der sozialdemokratischen Fraktion wegen Stellung eines Mitgliedes zu verhandeln. Die Besprechung fand im Volkstagsgebäude statt. Ueber die in Frage kommenden Personen erfolgte in wenigen Minuten obdünne Einigung.

Nun erstrebte auch der Abgeordnete Kahn einen Sitz im Hafenausschuss. In der Annahme, daß ich Gegner seiner Kandidatur wäre, leitete Kahn eine Aktion in der Hoffnung gegen mich ein, vielleicht doch noch eine Änderung der Vorschlagsliste erreichen zu können. So wurde dann das Gerücht verbreitet, daß der sozialdemokratischen Fraktion die Mitgliedschaft im Hafenausschuss unter der Bedingung angeboten worden sei, daß der zustellende Kandidat polenfeindlich sein müsse. Das Glück schien zu lächeln, denn die polnische Fraktion fiel auf diesen Schurkenstreich, dessen Urheber man bereits auf der Spur ist, hielen.

Diese Situation auszunutzen, beschloß Herr Kahn, Rache dafür zu üben, daß er nicht zum Mitglied des Hafenausschusses gewählt werden sollte. Als Objekt dieser Rache wählte er dieses Mal meine Person, wohl wissend, daß auch nicht ein Punkt eines einzelnen Wortes seiner Behauptungen der Wahrheit entspricht. Er benutzte nach seiner Ansicht etwas „Populäres“, indem er die Kenntnisse, die er als Angestellter der Westpreussischen Material-Verwertungs-Gesellschaft „gesammelt“ hatte, wahrheitswidrig in das Gegenteil verkehrend als vergiftete Pfeile gegen mich abwarf. Diese Gesellschaft, auf Veranlassung des Reiches gegründet, wird von den Herren Kommerzienrat Sieg, Direktor Siwert und von mir geleitet, während dem Aufsichtsrate bekannte Persönlichkeiten Danzigs angehören. Außerhalb der Geschäftsführung bin ich an der Gesellschaft mit 2 1/2% (in Worten: zweieinhalb Prozent) des Nominalkapitals als Gesellschafter beteiligt. Die Kahnsche Behauptung, die Gesellschaft habe unethische Geschäfte gemacht, ist absurd. Unter dem Schutze der Immunität Beleidigungen und Verdächtigungen auszusprechen, die man außerhalb des Volkstages nicht nur andeutungsweise zu behaupten wagt, erscheint Herrn Kahn besonders mutvoll! Diese Angriffe sind lediglich ein Racheakt für die Ablehnung seiner Kandidatur für den Hafenausschuss, die jedoch nicht etwa durch mich allein, sondern durch die überwiegende Mehrheit des Volkstages erfolgt ist.

Nun hat Herr Kahn am Schlusse seiner Rede angedroht, er werde sein Material gegen mich dem Senat einreichen.

Ich erwarte, daß er in diesem einen Punkte wirklich hält, was er gesagt hat, und daß er das Material so schnell als möglich nicht nur dem Senat, sondern auch dem Volkstage zur Verfügung stellt. Das Material gegen mich braucht Herr Kahn nicht wie bei seinen Anschuldigungen gegen die Stadträte erst in Paris zu sammeln, er besitzt es nach seinen Angaben bereits und kann es infolgedessen sofort zuständigen Stellen übergeben. Herr Kahn wird hierbei die für ihn sehr kostspielige Erfahrung machen, daß er bei seinen Verdächtigungen gegen meine Ehre nicht nur auf Granit stoßen, sondern sich auch recht merklich die Finger verbrennen wird.

Die Veränderungen der Freistaatsgrenzen.

Die Grenzen des Freistaates Danzig sind nunmehr von allen Seiten festgelegt. Die Veränderungen gegen die Grenzen des Friedensvertrages sind im Allgemeinen für den Freistaat nicht ungünstig. Von der Oberbehörde Ostba ist die größte Hälfte zum Freistaat gefallen. Der Große Stern, die Försterei Grenzland, der Kohlenweg und das Forstgrundstück Schriewier am jenseitigen Waldbrande gehören jetzt zu Danzig. Bei Kelpin ist die Grenze an den Waldbrand zurückgezogen worden, so daß Watern jenseits der Grenze vergrößert wurde. Dafür wurde die Grenze bei Hoch-Kelpin hinaus gedrückt. Bei Kitzhof wurde die Grenze an den Ransauer Wald herangezogen und dann im weiteren Verlaufe mit der Waldgrenze wieder hinausgedrückt. Den Rappiner See haben wir behalten. Im Stangenwalder Forst gleichen sich die Verluste mit dem Gewinn aus. Der weitere größere Gewinn ist die Soldowitzer Forst. Bei der letzten Grenzfestsetzung erhielten wir an der Weichsel mit Vogelgräf eine Etz. Nach Elbing mußte der Freistaat ein erhebliches Stück der Rogatmündungen abgeben, es sind die Rogatstämpfen und Zeynierstämpfen, Zeyerbinderstämpfen ist beim Freistaat verblieben. Die Grenze läuft vom Rogatdamm längs der Westküste bis zum Danziger Fahrwasser und dann längs dieses Fahrwassers bis zum Leuchtturm im Frischen Haff an der bisherigen Grenz. Die Grenze läuft dann nach Scholland auf der Nehrung und durchquert sie nach der Ostküste. Scholland und Tröbbernaue sind damit an Ostpreußen gefallen. Neue Welt und Vogelgräf bleiben beim Freistaat.

Zweijähriges Optionsrecht für Danziger in Deutschland. Der Reichsrat stimmte u. a. einem Gesetzentwurf zu, der einen Vertrag zwischen dem deutschen Reich und Danzig über die Regelung von Optionsfragen zum Gegenstande hat. Danach ist den Deutschen, die eventuell ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren und Danziger werden, ein Optionsrecht für zwei Jahre gegeben.

Die Heizungskosten für die städtischen Schulen. Der Magistrat beantragte bei den Stadtverordneten, für Heizung und Beleuchtung der städtischen höheren, Mittels-, Volks- und sonstigen Schulen einen weiteren Beitrag von 1 Million Mark zur Verfügung zu stellen. Bei der Vorlage des am 28. August an die Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Antrages wegen Bewilligung von 750000 M. hoffte der Magistrat, mit diesem Betrage den Brennstoff- und Beleuchtungsbedarf der Schulen für das Winterhalbjahr bestreiten zu können. Es hat sich jedoch durch die in der bisherigen Heizperiode gewonnenen Erfahrungen beim Heizen der Ofen nur mit Holz und Torf herausgestellt, daß die seitereit vor-

gesehenen Brennstoffe bei weitem nicht ausreichen, so bedeuend höhere Mengen zur Erwärmung der großen Schulräume nötig sind, als bei Stellung des ersten Antrages auf Grund der Erfahrungen beim Heizen mit Kohlen vom Magistrat angenommen wurde.

Der Junglehreverein des Freistaates hielt am Sonntagabend eine Versammlung ab, in deren Verlauf folgende Entschlüsse einstimmig angenommen wurden: Die Verabschiedung der Junglehrer am 18. Dez. erhebt scharfe Proteste, daß die Auszahlung des Unterschiedsbetrages auf das Belohnungsdienstalter erst in der letzten Woche erfolgt ist, nachdem die Stadtschulverwaltung bereits durch Schreiben vom 25. Sept. 20 uns diese Vergütung zugesagt hat. Gerade den Vertretern gegenüber, deren Monatsgehalt mit 665 Mark ziemlich an letzter Stelle der hierorts gezahlten Vergütungen stand, ist diese Vorenthaltung eines bereits erworbenen Geldes eine schwere Schädigung.

Ein ruchloser Diebstahl wurde an dem Fischer August Tempf in Dajewark verübt. Er fand sein am Strande liegendes Strandgarn in kleine Stücke zerhackt vor. Außer einem finanziellen Schaden von rund achttausend Mark sind dadurch 8 Familien erwerbslos geworden. Wer Angaben zur Ermittlung des Täters machen kann, wird ersucht, dieses dem Fischer-Verein in Niekelswalde zur Kenntnis zu bringen.

Die Fleisch- und Butterversorgung. In der gestrigen Sitzung der Verbraucherkammer kamen Klagen über die Fleischversorgung zum Vortrag. Die kleineren Fleischmehler führten Klage darüber, daß sie von den Großschlächtern überbottelt werden und es ihnen unmöglich gemacht wird, ihr Geschäft ehlich zu betreiben. Die Großschlächter überschreiten oft schon ihrerseits die Höchstpreise bei den Erzeugern und nehmen ferner von den Kleinschlächtern einen übermäßigen Gewinn. Ein Mitglied der Verbraucherkammer hat selbst zwei derartige Uebererzeugungsrechnungen eines Großschlächters vorgelesen. Ein ehrlicher Kleinschlächter, der die Höchstpreise nicht überschreiten wollte, hat eine Woche mit Verlust arbeiten müssen. Diese Fleischer sehnen sich nach der öffentlichen Bewirtschaftung des Fleisches zurück. Die Verbraucherkammer ihrerseits wünscht, daß auch für die Großschlächter Höchstpreise vorgeschrieben werden. In erster Reihe möchte sie aber wieder das Schlachten durch den Magistrat eingeführt sehen, das sich während des Krieges ausgezeichnet bewährt habe. Ferner wünschte man auch Höchstpreise für das Geflügel und hielt die neuen Höchstpreise für zu hoch. Die Preise dürften den zehnfachen Betrag des früheren Friedenspreises nicht überschreiten. Ferner wurde darüber Klage geführt, daß der Schleichhandel mit Butter einen ungewöhnlichen Umfang angenommen habe und daß Preise von 25 Mark gefordert würden. Hier müsse mit größerer Entschiedenheit bei den Erzeugern und Händlern eingegriffen werden. Schließlich wurde mitgeteilt, daß bei manchen Bäckern Mangel an Roggen- und Weizenbrot herrsche. Man glaube, daß dies darauf zurückzuführen wäre, daß das Mehl zu Ruhen verbacken wird.

Ausgesprochene Kunstwerke in Lederwaren

(Photographie-Alben, Tagebüchern, Chroniken usw.)

in echtem Leder sind neu angekommen.

J. H. Jacobsohn

Hell. - Gegr. 1856
nur Hell. Gelsigasse 120/121. Fernspr. 159.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Binden.

(Fortsetzung.)

„Aber Edgar, wie könnte ich dich ja vergessen?“ fragte das Kind verwundert. Dann malte sich eine große Furcht in ihrem ausdrucksvollen Gesicht und sie sagte sorgenvoll:

„Ach Edgar, wenn es nur dein Vater nicht hört, daß du hier warst.“

Der junge Baron zuckte die Achseln und erwiderte gleichgültig: „Und wenn schon!“ Dann legte er in gänzlich verändertem Tone, zärtlich und flehend zugleich hinzu:

„Wenn du mich nur nicht vergißt!“

Dongsam, sehr langsam entfernte Edgar sich. Er blieb mehrmals stehen, um sich nach seiner kleinen Freundin umzusehen. Als kein Schimmer mehr von ihr zu erblicken war, sang er halblaut mit einer sehr angenehmen Baritonstimme:

„Koch ich dich vor mir stehn
In dem Kinderkleidchen,
Da schon hab ich dich geliebt,
Kannte dich mein Bedüchten.
Gabe dir zum Liebeszeichen
Einen Ring gegeben,
Du gelobtest ihn zu tragen
Mit dein ganzes Leben,
Wüßte ich die Freude wärdern,
Und du antwortest
Hast genommen einen andern
Ring und mich vergessen.
Aber ich hab meine Liebe
Niemals ändern schenken,
Wuß an dich und an das Klinglein
Ich noch immer denken!“

Als er geendet hatte, verlor er in ein tiefes Sinnen. Er sah sich um und sagte laut:

„Kein, ein solches Ende wird meine Liebe nicht. Wenn Verla mich mit die Treue bewahren, Sie hegt nur eine verheißene Kinderfreundschaft für jene Anaben, und ich nur Unrecht, mich bald Sorgen zu machen. Für meine trostlose Kindheit ist mir das Schicksal einem Kussgleich schuldig. Ich werde jetzt mein Glück finden!“

Berta packte alle Heberreste von den Speiten in den Korb und trug ihn auf den Gendobden. Dorthin kam Frau Konrad mit, wenn das Kind eingefahren wurde. Sie tat dann ihren Anteil an der Arbeit ganz brav, aber noch acht Tage hinterher jammerte sie, sie könne aufs Kreuz nicht fort, und sie habe sich gewiß Schaden im Leibe getan.

Als Therese den Ring gebührend bewundert hatte, fragte Berta: „Der Gärtner wird doch nicht etwa um den Korb kommen?“ „Der weiß gar nicht, wie viel Körbe er hat!“ versetzte Therese lachend, „und dann sind ja nicht keine! Die ganzen Obstkörbe gehören ja dem Baron. Jesus, Berta! Was machst du bloß? Du kennst ja den Ueberzug von dem Röhstein los!“

Berta schob das Röhstein mit dem Ringe tief in den Sand und nähte dann den Ueberzug wieder fest.

„A, du bist e'ne Schlawel!“ rief Therese bewundernd aus. Die kleinen Hände nähten nun schnell und die Jungen waren nicht minder geschwind und eifrig. Gegen acht Uhr sagte Berta lachend:

„Feierabend! Mehr dürfen wir nicht nähen, sonst verlangt sie das nächste Mal noch mehr von mir!“

„Es sind aber noch mehr wie zwei Ellen Stoff nur angunaden“, wendete Therese ein.

„Die bleiben bis morgen!“ entschied Berta. Sie faltete jedes Stück sauber zusammen, vertauschte ihre weiße Schürze mit einer blauen und tief mit ihrer Freundin auf die Wiege. Dort war die Wiege angepflockt. Die Wiege war schnell in den Sand und genossen und dann lagen sie die beiden jungen Damen an Sandbüchern und Glunderlimonade gütlich.

Frau Konrad kam sehr spät zurück. Sie hatte bei den reichen Bäuerlein für deren Tochter die Aussteuer gekauft. Warten war ein sehr gutes Abendbrot eingenommen und lag es:

„Ich mag nicht essen, du laßst die aber“, sagte Edgar, „du hast ja ewig die Geduld“ zu dem Essen.

Nur um den Ring, der dem kleinen Edgar nicht gegeben wurde, Berta ein kleines Wort, und ging dann mit ihr zu Bett.

Der Morgen des Sonntag besuchte ihr die halbesche Sonne. Als Berta am nächsten Sonntag wieder mit ihrer Mutter in dem traulichen Stübchen lag, sagte sie:

„Mutti, der Edgar will mir die Schürze, wenn er müde ist, aber ich habe gesagt, Sie nehmen das nicht an.“

„Es ist heute noch so gejonnen, wie vor die Zeit, und es wird immer so gejonnen sein.“

„Sagt er das?“ fragte Frau Birtner nachdenklich. „Man muß ihn immer fleißig, dann richte ihm nur von mir aus. Die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen.“

„Er will sich aber nicht ändern“, beteuerte Berta. „Ach, Mutti, er ist doch so gut!“

„Was hat er denn zu dir gesagt?“ forschte Frau Birtner ängstlich.

„Er hat gesagt, daß er die Unterredung, die ich mit Gogor gehabt hatte.“

„So, so, er hat dir einen Ring gegeben“, sagte Berta nachdenklich. „Dann fuhr sie eintrübselhaft fort.“

„Berta, du darfst beileibe nichts mehr von ihm annehmen.“

„Aber warum nicht, lieber, goldener Ring!“ fragte die kleine traurig. „Wenn er es doch gar so gut mit mir meint!“

„Mein Tochter!“ sagte Frau Birtner sehr ernst, „man hat im Leben nicht umsonst. Wenn solch ein vornehmer Herr einem kleinen Mädchen Schokolade macht, dann erwartet er, daß ihm das Mädchen dankt. Du hast doch nichts, was du dem Herrn danken kannst, nicht wahr?“

Die kleine kann ein wenig nach, dann rief sie erfreut aus:

„A, mein Rosenkranz! Kommt ich ihm gerade geben, das hat die Mutter so gern.“

„Und später?“ fragte Frau Birtner.

„Später, wenn ich die Mutter sehe.“

Anna Boleyn!

ab 25. Dezember im U.T.

Kürliche Bekannmachungen.

Umtausch von Petroleumkarten und Neuaufruf von Petroleummarken.

Die Ausgabe der neuen Petroleumkarten erfolgt gegen Rückgabe der alten Stämme der Petroleumkarten bei sämtlichen zum Petroleumhandel zugelassenen Kaufleuten. Dieser Umtausch muß in der Zeit vom 23. bis einschließlich 31. d. Mts. erfolgen.

Gleichzeitig werden die Marken 1 und 2 der neuen Petroleumkarten A, B und C zur Belieferung mit je 1 Liter Petroleum aufgerufen. Die Petroleumhändler haben die eingegangenen Stämme der alten Petroleumkarten nach den Buchstaben A, B und C getrennt, gehandelt und abgehakt dem Beauftragten in den ersten 5 Tagen des Monats Januar 1921 abzuliefern.

Die Bezugsberechtigten haben den Stamm der neuangewiesenen Petroleumkarten dem Vorstand entsprechend mit Linie auszufüllen, worauf die Petroleumhändler beim nächsten Aufruf von Marken zu achten und nicht ausgefüllte Karten zurückzugeben haben.

Danzig, den 22. Dezember 1920. (3085)
Das Beauftragte
der Freien Stadt Danzig.

Gesangverein Sängerguß

veranstaltet am Sonntag, d. 26. Dezember (2. Weihnachtstier) im Wertpapierhaus eine

Weihnachtsfeier

Freunde und Gönner sind herzlichst eingeladen.
Anfang 8 Uhr.
Der Vorstand.

Rat und Auskunft

in wirtschaftlichen Fragen erlisst die Frauen- und Mädchen jeden Mittwoch von 5-7 Uhr abends Die Frauenkommission der S. P. D.
L. Damm 7 A, Zimmer 4.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Donnerstag, d. 23. Dezember 1920, abends 7 Uhr.
Dauerkarten C 2.

Fräulein Rumpelstilzchen

Entwurf in 3 Akten von Rudolf Dresler.
Eigen. Leitung: Helig Bredt. Inspektion: Emil Werner.
Ende 9 1/2 Uhr.

Freitag, den 24. Dezember 1920, nachm. 3 1/2 Uhr.
Dauerkarten D 2. Kleine Preise. Uraufführung.
Prinz Gieseler und Prinzessin Hönigsch.
Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von E. n. Schelmann und Franz Brädel.

Sonnabend, den 25. Dezember 1920, (1. Feiertag), nachm. 3 Uhr. Kleine Preise. Uraufführung.
Prinz Gieseler und Prinzessin Hönigsch. Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von E. n. Schelmann und Franz Brädel.

Sonnabend, den 25. Dezember 1920, abends 7 Uhr.
Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Hoffmanns Erzählungen. Oper in drei Akten, einem Vor- und einem Nachspiel von J. Offenbach.

Sonntag, den 26. Dezember 1920 (2. Feiertag) nachmittags 3 Uhr. Prinz Gieseler und Prinzessin Hönigsch.

Sonntag, den 26. Dezember 1920, abends 7 Uhr.
Die Strohkönigin.



Ab 25. Daz. Täglich:
Anna Boleyn
Der größte Film der Welt!

Heute

noch geblühte Gegenwart, ein gutes Buch in der Buchhandlung Volkswacht, am Spandhaus 6, als

Weihnachtsgeschenk

einzuhandeln.

Morgen

wird das Geschäft um 4 Uhr nachmittags geschlossen.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bamsmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.
Heute Donnerstag, d. 23. Dezbr.

Der müde Theodor

Morgen Freitag, d. 24. Dezember
Geschlossen.

1. Weihnachtstier nachm. 8 Uhr
Ermäßigte Preise.
Aus der goldenen Märchenwelt.
Abends 7 Uhr. Zum 1. Male!
Fräulein Paok.
Operette in 3 Akten.

Vorverkauf findet tägl. v. 10-4 Uhr nur im Douma-Haus Langgasse 69. 70 statt.
Sonntags 9-2 Uhr a. d. Theaterkasse.
Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Anna Boleyn!

ab 25. Dezember im U.T.



MÜNCHNER
„JUGEND“
ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT
FÜR KUNST UND LEBEN
VIERTELJAHR PREIS 1,20 M.
EINZELNUMMERN 1/30 M.
VERLAG DER „JUGEND“ MÜNCHEN

Möbel-Verkauf

sehr billig
ganze Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Möbel, Klubgarnituren, auch
Büromöbel
Eltermann & Co.
Möbel- u. Polsterwarenfabrik III. Damm 2 u. 16

Schmied

aus Werftbetrieb, verheiratet, nicht unter 30 Jahren,
nach auswärts gesucht. Er wird nur auf einen er-
fahrenen Mann, der allen Anforderungen in seinem
Fach gewachsen ist, reflektiert. Bezahlt wird der
von Verbandsseite festgesetzte Tageslohn und, wo an-
gängig, Akkord. Wohnung von Zimmer, Küche
und Bodenraum, sowie etwas Gartenland, kann
gestellt werden.
Offerten unter B 162 an die Exped. d. Blattes.

Wer borgt mir 15 000 Mark
s. Neubau eines Wohnhaus
Off. u. 3166 a. d. Exp. d. Bl. (+)

Volkspflege
Gewerkschaftlich-Berufliche
sozialliche Versicherungs-
Anstalt
Aktiv Polzeiverfall.
- Sterbekasse. -
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Zuschnitt in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Arbeitsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Darlehen in jeder Höhe
Reis g. haben
durch J. Krzok,
Dgg., Rammkau 20. (3099)

Dienstag, d. 14. 12. zwischen
4-5 Uhr eine f. d. Herren-
Schlafuhr a. d. Wege von
Oberstr. 80 bis Weinberg-
straße 36 verloren. Abzug d.
Stollenwald, Oberstr. 80, II

Ein Paar neue Straßen-
schuhe 180 M., ein gut
erhaltener Kinderwagen
80 M. zu verkaufen (+)
Poggenpohl 6, 1 Tr.

Gemälde
zu verk. Schelmerg. 9, III. (+)

Altkupfer M. 10.-
Altklotz M. 9.50
per kg kauft laufend (3088)
Kempa, Winterplatz 15.



Weihnachts-Ausstellung.

Billige Klassiker-Ausgabe

Schiller	4 Bde.	aus 60.- M.
Goethe	4	60.-
Reuter	4	50.-
Shakespeare	4	50.-
Zola	3	54.-
Ibsen	3	51.-
Freiligrath	3	45.-
Lessing	2	30.-
Floet	1	15.-
Körner	1	15.-
Lenau	1	15.-
Uhland	1	15.-

Romane u. Erzählungen.

Für Kinder

von 8 bis 14 Jahren.

Nordpolfahrer	7.50 M.
Wenn du noch eine Mutter hast	7.50
Rübezahl	7.50
Märchen-Wunder-Garten	7.50
Robinson	7.50
Onkel Toms Hütte	7.50
Ursula	4.40
Kindermärchen	4.30

Jugendbücher in großer Auswahl
0.50, 1.- u. 1.50 Mk.

Für die Jugend

von 16 bis 20 Jahren.

Stahl- und Eisen-Technik	30.- M.
Der Bergbau	20.-
Werkbuch fürs Haus	21.-
Aus lernen Zonen	10.-
Unser Wald	6.-
Kreuz u. quer durch den Balkan	3.-
Wanderbuch	7.50
Frohes Wandern	3.50
Ein Rückblick a. d. Jahre 2000	3.60
Wunder des Lebens	4.80

Vorwärts-Bibliothek, gut ausgestattet
3.-, 4.-, 6.- und 9.- M.

Für Erwachsene.

Marx Kapital	56.- M.
Frau und Sozialismus	15.-
Rebel. Aus meinem Leben.	
3 Bände	42.-
Die Waller nieder	8.25
Marthas Kinder	5.80
Ich bekenne	6.-
Mutterschall	3.-
Drei Monate Fabrikarbeiter	5.50
Bauernkrieg	6.-
Von Kiel bis Kapp	30.-
Wir weben!	

Gewerkschafts- und Partei-Schriften
in großer Auswahl und zu allen Preisen.

Märchenbücher, Bilderbücher, Malbücher in großer Auswahl.

Am Spandhaus 6

Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse 32

Anna Boleyn!
ab 25. Dezember im U.T.

Kleine Anzeigen in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Anna Boleyn!
ab 25. Dezember im U.T.